Ä1 Israel im Nahen Osten

Antragsteller*in: Martin Prinzler (KV Bremerhaven)

Änderungsantrag zu D-NO2

Von Zeile 39 bis 51:

und eine europäisch-arabisch getragene Übergangsverwaltung in Gaza vorzubereiten, unter Beteiligung der Palästinensischen Autonomiebehörde.

 unterstützen die Haltung der Bundesregierung, der von einigen Staaten angekündigten "Anerkennung" eines "Staates Palästina" nicht zu folgen. Eine solche rein symbolische "Anerkennung" eines nicht existierenden "Staates" stärkt gegenwärtig allein die Position der Hamas, die die Ankündigungen bereits als "Frucht des 7. Oktober" feiert.

 halten dagegen daran fest, dass ein palästinensischer Staat nur am Ende von Verhandlungen in der Region entstehen kann – die wieder beginnen müssen, ohne die Hamas. Wir

<u>–</u>treten für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser ein, selbst über ihr gesellschaftliches Leben in einem eigenen Staat zu

Begründung

Es ist offensichtlich umstritten, ob zum jetzigen Zeitpunkt die positiven oder negativen Auswirkungen einer Anerkennung Palästinas überwiegen.

Der Antrag ist Anschlussfähiger, wenn wir dies offen lassen.